

Rede von Michael Femmer zum Wahlkampfauftakt in Mengen, 11.11.2015

Wir wollen heute nicht nur auf die Leistungen der SPD in den letzten Jahren zurückblicken. Wir wollen auch nach vorne schauen. Wir haben vieles erreicht. Am Ziel sind wir aber noch nicht. Wir haben den Anspruch, Baden-Württemberg auch nach dem 13. März gerechter und familienfreundlicher zu gestalten.

Einigen Themen kommt eine besondere Bedeutung zu, auf diese will ich mich heute konzentrieren: Wir setzen weiterhin alles daran, Baden-Württemberg zum Land der guten Arbeit zu machen. Zu den wichtigen Zukunftsaufgaben zählt auch die Familien- und Sozialpolitik, die unmittelbar mit der Bildungspolitik verbunden ist.

Die Einführung des Mindestlohns bildet einen Meilenstein in der Geschichte Deutschlands. Darauf können wir stolz sein. Endlich haben wir mit einer Lohnuntergrenze der Ausbeutung von Beschäftigten ein Ende bereitet. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon ohne staatliche Unterstützung leben können. Doch wir geben uns damit nicht zufrieden. Der Mindestlohn hat die finanzielle Situation vieler Menschen verbessert. Wer allerdings sein ganzes Leben nur den Mindestlohn verdient, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Altersarmut landen. Die staatliche Rente reicht nicht. Die Beschäftigten verfügen auch nicht über genügend Geld, um privat vorsorgen zu können. Auf unseren Staat kommen hohe Belastungen zu.

Deswegen kämpft die SPD dafür, möglichst viele Menschen gut zu qualifizieren und in ansprechend bezahlte Arbeit zu bringen. Wir brauchen zudem starke Gewerkschaften und eine möglichst hohe Quote an tariflich bezahlten Beschäftigten. Insbesondere in einigen

Dienstleistungsberufen herrschen hier große Defizite.

Wichtig ist auch: Wir lehnen jede Aufweichung des Mindestlohns strikt ab. Arbeitgeberinstitute und manche in der Union fordern, dass künftig für Flüchtlinge eine Ausnahme gelten soll. Wir engagieren uns dafür, Zugewanderte so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sprachkurse und andere Programme müssen massiv ausgebaut werden. Dumping-Löhne können aber keine Lösung sein:

1. Auch Flüchtlinge haben Anspruch auf eine faire Bezahlung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Das gilt auch für alle Flüchtlinge, warum sollen wir bei diesen Menschen eine Ausnahme machen?

2. Flüchtlinge, die bisherige Mitarbeiter von Arbeitsplätzen verdrängen, weil es für die Arbeitgeber billiger ist: Stellt euch mal vor, was dann los wäre! Das würde bei den Betroffenen Wut schüren und massiv den sozialen Frieden in unserem Land gefährden!

Wir müssen uns insgesamt fragen: Wie wollen wir hier in der ländlichen Region künftig zusammenleben? Wir stehen vor großen Herausforderungen. Das betrifft die Integration von Flüchtlingen. Das betrifft aber auch den demografischen Wandel mit allen seinen Auswirkungen auf die Infrastruktur wie zum Beispiel auf Schulstandorte. Einige Gemeinden im Kreis Sigmaringen verlieren an Einwohnern, das Durchschnittsalter steigt überall beträchtlich an. So jedenfalls die bisherigen Prognosen. Lasst uns die steigende Anzahl an Flüchtlingen im Kreis als eine Chance betrachten, um diesen Trend zumindest abzuschwächen.

Wir dürfen aber nicht die Fehler aus vergangenen Jahrzehnten wiederholen. Wir müssen konsequent die Integration fördern. Zentrale

Bedeutung kommt der Bildung zu, wir müssen ausreichend Mittel in die Hand nehmen. Nur mit genügend Lehrpersonal und einer individuellen Förderung versetzen wir junge Flüchtlinge in die Lage, in der Schule Anschluss zu finden und ihre Potenziale zu entfalten. Wir sollten auch an die Flüchtlinge denken, die nicht mehr unter die Schulpflicht fallen. Wir müssen ihnen das Nachholen von Schulabschlüssen und den Einstieg in die berufliche Ausbildung ermöglichen. Entsprechende Modellprojekte in Deutschland zeigen positive Ergebnisse. Es handelt sich bisher aber leider nur um vereinzelte Initiativen. Die Investitionen in Bildung zahlen sich aus, für alle. Nicht zuletzt können wir damit auch den zunehmenden Fachkräftemangel reduzieren, der vielen Unternehmen in unserer Region Sorge bereitet.

Bildung und Familien bleiben insgesamt die wichtigsten landespolitischen Themen. Sie entscheiden über unsere Zukunft und spielen im ländlichen Raum eine besonders wichtige Rolle. Gemeinschaftsschulen erlauben uns, wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten. Eine umfassende und flächendeckende Betreuung für kleine Kinder ermöglicht zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vor allem schafft eine gute Bildungspolitik und eine möglichst frühe Förderung mehr Chancengleichheit. Nicht alle Eltern können ihre Kinder ausreichend fördern. Das liegt an mangelnden Sprachkenntnissen, familiären Problemen oder an anderen Gründen. Konservative beklagen das häufig, doch von Appellen haben die betroffenen Kinder nichts. Den Kindern hilft allein eine optimale pädagogische Betreuung, am besten so früh wie möglich.

In rund vier Monaten wählen wir und wollen erneut eine Mehrheit für SPD und Grüne erzielen. Eines lässt sich schon jetzt vorhersehen: Auch wenn es kein rein landespolitisches Thema ist, die Flüchtlingspolitik wird den Wahlkampf stark bestimmen. Zaghafte Handeln oder gar eine

Anbiederung an rechte Tendenzen bringen nichts. Wir müssen die Chancen und die Notwendigkeit des Helfens betonen, ohne Probleme zu ignorieren.

Vor allem müssen wir uns in der Tradition von Erhard Eppler und anderen den Fluchtursachen widmen. Wir müssen die Fluchtgründe bekämpfen, nicht die Flüchtlinge. Einige in der Union fallen momentan durch Aktionismus auf. Und mit Vorschlägen, die sich mit einem christlichen Weltbild nicht vereinbaren lassen. Es muss doch wundern: Gerade Konservative, die ständig den Wert der Familie hochhalten, wollen Flüchtlingen den Nachzug ihrer Frauen und Kinder verwehren. Die Folge wäre absehbar: Die Familienmitglieder würden es vermehrt über das Mittelmeer versuchen. Wir haben die schrecklichen Bilder von toten Kindern noch alle im Kopf, eine Wiederholung kann sich keiner wünschen.

Wir müssen uns stattdessen auf die Frage konzentrieren: Wie können wir den Menschen vor Ort eine Perspektive bieten? Die Weltgemeinschaft bekommt es nicht mal hin, Hilfsprogramme für die zahlreichen Flüchtlinge in den Nachbarstaaten annähernd ausreichend zu finanzieren. Mickrige Essensrationen, fehlende Bildung für Kinder, Langeweile und Perspektivlosigkeit: Es kann nicht überraschen, dass immer mehr in der gefährlichen Flucht den einzigen Ausweg sehen. Die Staatengemeinschaft muss endlich handeln: Allein schon aus Humanität. Mit mehr Geld könnten die Hilfsorganisationen rasch für Verbesserungen sorgen und die Verzweiflung mindern.

Wir müssen auch die eigentlichen Ursachen thematisieren: neben Armut momentan in vielen Regionen Krieg und Tod. Syrien, Irak, Afghanistan: Die Lage scheint in vielen Staaten hoffnungslos. Schnelle Lösungen wird es nicht geben. Es ist aber gut, dass unser Außenminister und andere

verstärkt diplomatische Aktivitäten entfalten und dabei auch Beteiligte wie den Iran einbinden.

Vor einigen Wochen hat die CDU auf einem Bezirksparteitag in Bad Saulgau einen Minister der ungarischen Regierung gefeiert. Offenbar hält man dort den Umgang Ungarns mit Flüchtlingen für vorbildlich. Und man hat Sympathien mit einer Regierung, die insgesamt immer autoritärer wird. Manche in der Union hofieren nun auch Erdogan, nachdem sie sich lange Zeit gegen eine Beitrittsperspektive für die Türkei gestemmt haben. Zu einer Zeit, in der die türkische Regierung immer massiver gegen Medien und Oppositionelle vorgeht und der Konflikt mit den Kurden wieder entflammt ist.

Eines ist klar: Unser Weg ist das nicht. Wir werden nicht unsere Grundwerte verraten, um mit zweifelhaften Kooperationen Flüchtlinge abzuhalten.